

nungswidrigkeiten führt, indem sie unwürdige Personen mit Geld verschafft, welches diese dann zu Ausschreitungen und Gewalttaten verwenden. Hiergegen mußte die Polizei in Heidelberg wiederholst einschreiten. Nach der Art der unterstellten Personenkreise liegt es nahe, daß immer wieder die Meinung austauschen konnte, die Wusthoffstelle befasse sich auch mit Dingen, die von der territorial verantwortlichen, hohes berechtigten badischen Regierung im deutschen Interesse nicht übersehen werden dürfen. Um die Quelle dieser immer wieder austauschenden Gerüchte ein für allemal zu verstopfen, wurde deshalb die Schließung der Wusthoffstelle veranlaßt.

Wie die Börsische Zeitung aus München meldet, hat die bayerische Regierung gegen die von der badischen Regierung verfügte Schließung der Wusthoffstelle für die Pfalz in Heidelberg bei der Reichsregierung Einspruch erhoben.

Deutscher Tag auch in Dresden.

Blättermeldungen aus Breslau zufolge planen die Deutschösterreicher dort für den nächsten Sonntag eine große nationalistische Kundgebung, die gleichfalls den Namen „Deutscher Tag“ tragen und mit einer Fahnenweihe des Stahlhelms verbunden sein soll. Der republikanische Kriegsteilnehmerbund „Schwarz-Rot-Gold“ lädt für denselben Tag eine Gegenkundgebung an. Auch im Berliner Stadion wollen die Deutschösterreicher Blättermeldungen zufolge am Sonnabend, den 24. Mai, eine ähnliche Parade abhalten, wie sie in Halle stattgefunden hat. Nach weiteren in Berlin vorliegenden Meldungen beabsichtigen die Deutschösterreicher in Eberswalde bei Berlin Veranstaltungen unter freiem Himmel abzuhalten. Der „Vorwärts“ fordert im Anschluß an die Wiedergabe dieser Meldung die republikanisch-freieschäftslichen Massen auf, sich zur Abwehr zusammenzuschließen.

Wie das Berliner Tageblatt hört, hat das preußische Ministerium des Innern die Genehmigung zu der in Breslau für den nächsten Sonntag angekündigten großen nationalistischen Kundgebung versagt. Rugschreitsmäßig angemeldet worden sei.

Reichsparteitag der Deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei.

In Tetschen an der Elbe begann am 9. Mai der Reichsparteitag der deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei, der unter der Devise „Selbstbestimmung und Volksfreiheit“ stand. Der Parteitag hatte einen glänzenden Besuch. Herr Dr. v. Bodmann-Kuetz brachte in einem politischen Referat den nationalen Willen der Sudetendeutschen und ihre Unabhängigkeit zum deutschen Volke zu Lebhaftem Ausdruck. Indem er zugleich behauptete, daß die nationale Einigung Deutschlands keine vollständige sei, da noch immer Millionen Deutscher von den Grenzen des Reiches ausgeschlossen seien.

Der Parteitag führte folgende Entschließung: Der Parteitag der Deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei erklärt die Gründung und die Bestimmung des tschechoslowakischen Staates als ein Mittel der französischen Machtpolitik zur Sicherung der Kaiser Friedensverträge, welche die ewige Verflüchtigung des Deutschlands in Europa bedeuten. Sie zu bestreiten, ist die Aufgabe jeder großdeutschen Politik, mag sich diese innerhalb oder außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches betätigen. Die Sicherung eines wahren Friedens in Europa wird nur erfolgen, wenn seinen Völkern vergönnt ist, in Freiheit zu leben; ihre Freiheit ist aber nur gewährleistet, wenn sie ihr staatspolitisches und damit auch nationales, wirtschaftliches und kulturelles Selbstbestimmungsrecht erlangen.

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.
Autorisierte Übersetzung von Gertrud Bauer.

Erlenes Kapitel.

Der alte Schloßhausschreiber.

„Wie alt bist du, Hans Christian?“

„Ich bin jetzt bald sechzig Jahre alt, Herr Pfarrer, und mein Haar ist im Dienste des Herrn Generals grau geworden. Fragen Sie ihn, wann er heimkommt, ob ich ein Bürger bin oder ein ehemaliger Mann.“

„Aber die Augen eines Mannes von sechzig Jahren tunnen sich doch einmal treuen, Hans Christian, nicht wahr? Ich bin siebzig Jahre alt und habe zuweilen am hellen Tage Schatten vor den Augen. Ich lenne dich, Hans Christian, und weiß, daß du ein Ehrenmann bist, aber man kann sich doch irren.“

„Ich habe noch Blaufen wie ein Faske, Herr Pfarrer. Vor zwei Monaten habe ich doch die goldene Medaille für Charfschützen auf fünfzehnhundert Meter bekommen. Der Herr Pfarrer haben mir damals selbst dazu gratuliert.“

Der alte Pfarrer schüttelte sein weißes Haupt.

„Ja, ja,“ murmelte er halblaut. „Aber was soll ich zu dem sagen, was du mir da mitgeteilt hast? Es ist recht traurig, daß der Überglücke unter dem Volle noch so weit verbreitet ist.“

Hans Christian schlug als alter Soldat die Hosen zusammen.

„Guten Abend, Herr Pfarrer,“ sagte er.

„Was willst du gehn?“

„Ja, ich gehe. Und wiederkommen werde ich nicht.“ Der Pfarrer streckte ihm freundlich die Hand entgegen. „Bist du böse auf mich?“ fragte er.

Hans Christian läßt sich.

„Böse?“ haute er verwundert. „Nein, wie könnte ich mir erlauben, böse auf den Herrn Pfarrer zu sein? Über ich bin zu Ihnen gekommen, weil ich nicht wußte, daß wenn ich sonst hätte gehen sollen, solange der Herr

Partei erkennt, daß die staatspolitische Befreiung des unterdrückten Deutschlands die innere Befreiung von unbedeutsamen Geistesrichtungen und den Willen zur Selbstbehauptung bei jedem einzelnen zur Voraussetzung hat. Daher verwirft der Parteitag die Einstellung der Politik auf die Erlangung wirtschaftlicher Gegenwartswerte, den Materialismus, mag sich dieser in Gestalt des Marxismus oder aber in der Form bürgerlicher Berufsparteien äußern. Der Parteitag lehnt es ab, sich unanzeigbare Ergebnisfundgebungen deutscher Vertreter anzuschließen, zumal diese begreiflicherweise an den Zwecken des Staates und somit an den politischen Methoden des herrschenden Volkes nichts ändern werden. Die Befreiung oder auch nur Versäumigung des Sudetendeutschlands ist eine Frage der politischen Macht und wird niemals durch den ergebenden Hinweis auf sein politisches Wahlverhalten erlangt werden.

Volkskundgebung unter Sowjetregie.

Neue Moskauer Entwicklungen.

Moskau, 12. Mai. Heute und gestern fanden hier Kundgebungen statt, die sich gegen den Vorfall in der russischen Handelsvertretung in Berlin richteten und auf neue beweisen, wie ausgezeichnet die Regie der Sowjetregierung bei Veranstaltung sogenannter Volkskundgebungen „scheint“. Anlässlich der Einweihung des Denkmals zum Gedächtnis des Louisian ermordeten Vorwurfs hielten gestern Tschitscherin, Litwinow und Krassow Reden. Tschitscherin ging dabei so weit, den Berliner Pauschenfall als eine Tat hinzustellen, die dem Pauschner Nord gleichgestellt sei, als ein Akt der Reaktion gegen die Sowjetvertreter im Ausland. Tschitscherin nannte weiter den Berliner Pauschenfall einen Banditenüberfall der deutschen Polizei. Einige hundert Teilnehmer der Denkmalehrlingsfeier wollten vor die deutsche Botschaft ziehen, wurden jedoch durch Militär, das die Zugangsstrassen abspererte, davon gehindert.

Hente forderte auch Trotski in scharfen Adbemerkungen auf dem Kongress der Bauarbeiter volle Genehmigung für den „Berliner Überfall“ und sprach von der angeblichen riesigen Erregung der russischen Bevölkerung über dieses Ereignis. In Wirklichkeit ist von einer Erregung in den Massen jedoch nirgends etwas zu merken.

Sowjetische in Berlin.

In den Berliner Straßen sind Montag früh wieder Kugelmäler entfernt worden, die zu politischen Straßendemonstrationen am Donnerstag aufgerufen gegen die Botschaft in Halle und gegen die polizeiliche Polizei der Sowjethandelsvertretung in Berlin. Der sozialdemokratische Parteivorsitz hat eine Besprechung beim Minister des Innern über die Vorgänge in Halle nachgesucht, die der Minister für Mittwoch früh angekündigt hat.

Unerhörte Forderungen Russlands.

Einhalb Million Goldmark Schadenersatz an die verhassten Russen.

Rotterdam, 13. Mai. Die „Morningpost“ meldet aus Moskau: In einem amtlichen Leitartikel der „Iswestija“ wird betont, daß die Sowjetregierung niemals einem Kompromiß mit Deutschland zustimmen werde. Wenn nicht eine befriedigende Genugtuung erteilt werde, würden energische Maßnahmen ergriffen und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Die bei der Durchsuchung der Berliner Handelsvertretung festgenommenen Angestellten, die inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden sind, haben der „Pravda“ zufolge Schadenersatzansprüche von einer halben Million Goldmark gestellt.

Der Kampf um Stresemann. Die Deutsche Volkspartei hat in einer Befragung ihrer Führer in Berlin am Sonntag die Zugehörigkeit der Volkspartei zu einer neuen Regierungskoalition von der Befreiung Dr. Stresemanns als Außenminister abhängig gemacht. Wie den Besuchern der Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Rue de

kannt sein wird, hat damals Admiral Brinckmanns mitgeteilt, daß alle Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Kommunisten mit dem Verbleib Dr. Stresemanns als Außenminister sich für einverstanden erklärt haben für den Fall eines Eintritts der Deutschen Nationalen in die Regierung.

Das 7. Reichswehrregiment soll sich rechtfertigen. Der Reichswehrminister hat das 7. Reichswehrregiment, das am Sonntag in Halle die Repräsentationskompanie und die Musikkapelle gestellt hatte, wegen des Spielens des „Herr die im Siegerkrön“ bei der Einweihung des Wollsdorfermals zur Verstärkung aufgefordert. Der Dirigent, der Musikkapelle wurde vorläufig seiner Dienstzeit entbunden.

Gemeine Hege der „Deutschen Zeitung“. Die „Deutsche Zeitung“ bringt unter der Überschrift „Die Maifeier auf der deutschen Gesandtschaft“ einen Bericht aus Riga, wonach ein Empfang veranstaltet habe. Die Mitteilung ist vollkommen ungernst. Nach den getroffenen Feststellungen haben am 1. Mai keinerlei Festlichkeiten auf der deutschen Gesandtschaft in Riga stattgefunden. Der deutsche Gesandte hat am 30. April die Mitglieder der deutschen Gesellschaft sowie eine Anzahl junger Parteimitglieder angehörende Familien der deutschen Kolonie zu einem geselligen Zusammenkunft eingeladen, das mit der sozialistischen Maifeier in keinerlei Zusammenhang stand.

Der völkische Abgeordnete Feuer verurteilt. Vor dem Reichstagtag in München hatte sich der zum völkischen Reichstagsabgeordneten gewählte Ingenieur Feuer, der zum Finanzminister der am 8. November im Münchener Bürgerbräu ausgesetzten nationalen Regierung in Aussicht genommen war, wegen Beihilfe zum Hochverrat zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn indes lediglich wegen Amtsmissbrauch zu einer Geldstrafe von 50 Mark.

Der neue britische Oberbefehlshaber der Rheinarmee. Das englische Kriegsamt gab amtlich die Ernennung des Generalleutnants Sir S. P. Lane zum Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee an Stelle des Generals Sir A. S. Godley bekannt.

Französische Flottenübungen in der Ostsee. Wie der „Swinemünder Zeitung“ aus Ropenbogen gemeldet wird, ist dort ein französisches Geschwader von vier Torpedobooten eingetroffen, das während der nächsten sechs Wochen Nebenangriffe in der Ostsee abhalten wird. Wie aus Libau gemeldet wird, wird dort für den 20. Mai gleichfalls ein Geschwader von vier Kreuzern erwartet. Es dürfte sich wohl in beiden Fällen um dieselbe Flottenformation handeln.

Amerika willkt eine stärkere Kriegsschiff. Der Unterstaatssekretär der Marine Roosevelt stellte in einem Bericht an die Flottenkommission fest, daß die Marinetrekkräfte Amerikas, Englands und Japans im Verhältnis 4:5:3 ständen, anstatt, wie im Washingtoner Vertrag festgelegt worden sei, im Verhältnis von 6:5:3.

Sächsischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde zunächst die nachgeplante Strafverfolgung des Kommunisten Siewert abgelehnt. Sodann wurden Fragen der Hilfspolizei erledigt, mit denen sich eine Anfrage der Deutschen Nationalen beschäftigte, die gegen die Wiedereinführung von radikalen Polizeibeamten vertraten. Der Innenminister Müller erwiderte, daß die betreffenden Polizeioffiziere Major Strelisch und die Hauptleute Höller und Reitzen nur im Innendienst wie der eingestellt worden seien. Mit dem Wehrkreismando habe die sächsische Regierung überhaupt keine bindenden Vereinbarungen getroffen. Soweit jedoch die Sächsische Regierung in Betracht komme, werde diese schon die Abmachungen nicht halten. Hierauf begründete Böttcher (Komm.) einen

Misstrauensantrag gegen den Innenminister Müller.

Unter der Regierung des sozialdemokratischen Innenministers Müller habe der Faschismus in Sachsen ungehindert seinen Marsch fortgesetzt. General Müller regierte nach wie vor. Die Polizei sei das Werkzeug

„Das meine ich auch,“ erwiderte Hans Christian. „Und darum bin ich zum Herrn Pfarrer gekommen, der Külaer ist als ich. Aber wenn mich der Herr Pfarrer zurückkehren kann habe ich eben den Mund zu halten.“ „Über ich muß doch etwas zweifeln dürfen.“ bemerkte der Pfarrer gereizt. „Du kommst mir mit einer Geschichte, die kein Haar besser ist als die alten Räubergeschichten. Du hast ein Geschenk gesehen, sagst du; eine geheimnisvolle Gestalt wandelt des Nachts im Hause des Generals umher. Verlangst du wirklich, daß ich das ohne weiteres ernst nehmen soll? Heutzutage glaubt kein Mensch mehr an Gespenster, Hans Christian, niemand als alte Weiber und überspannte Deute. Du fürchtest dich doch sicher nicht vor Gespenstern, alter Schwede?“

„Ich fürchte weder Tod noch Teufel.“

„Hans Christian!“ rief der Pfarrer streng.

„Verzeihen Sie, Herr Pfarrer,“ sagte der alte Diener und schlug die Hände wieder mit einem Knall zusammen.

„Aber du behauptest doch, in dem alten Haus ein Gespenst gesehen zu haben.“

„Ich habe etwas gesehen,“ erwiderte Hans Christian, und er sagte das so ernsthaft, wie alte Deute gesehen, wenn sie vor dem Rätselvollen stehen und etwas gesehen haben.

„Du hast bei Nacht eine Gestalt durch die Zimmer schleichen sehen?“

„Ja.“

(Fortsetzung folgt.)



Das prächtige Haar
in duftiger Schönheit, Reinheit und Fülle — wie Sie es sich wünschen — erhalten Sie einzigt u. allein durch regelmäßige Kopfwaschungen mit dem millionenfach bewährten, sodafreien

KOMBELLA-SHAMPOON
Zu haben: Drogerien Simon und Co.; in Lödöte: Louis Windisch Nachf.